

## DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



## Danke, Anke!

Die Vorsitzende unseres Ortsverbandes, Anke Schwarzenberg, wird im Mai aus persönlichen Gründen ihren Wohnsitz von Forst nach Cottbus verlegen.

Mit diesem Umzug ist auch die Rückgabe ihres Mandats als Stadtverordnete verbunden. Die Kommunalverfas-

## Ein großes Dankeschön für die Erfüllung einer kleinen Bitte!

Liebe Leserinnen und Leser,

in der April-Ausgabe des Malxeblattes baten wir um eine kleine Spende für unsere kleine Zeitung. Wir sind erfreut über den großen Zuspruch. Bis zum 27. April 2011 erhielten wir Spenden in Höhe von 1.090 Euro von Ihnen. Dieses Geld hilft uns, auch weiterhin das Malxeblatt in der gewohnten Qualität und mit monatlicher Zuverlässigkeit zu Ihnen in den Briefkasten zu bringen. Dafür möchten wir uns auf diesem

Dafür möchten wir uns auf diesem Wege bei allen Spendern herzlich bedanken!

> Anke Schwarzenberg, Ortsvorsitzende

sung lässt dabei leider keinen Spielraum. Anke war fast acht Jahre Mitglied der SVV und hat in dieser Zeit vor allem im Bereich Finanzen und Rechnungsprüfung sehr viel für die Fraktion geleistet. Sie arbeitete sich besonders intensiv durch die Dokumente der städtischen Haushalte und Jahresabschlüsse. Diese sehr trockene und mit wenig Außenwirkung versehene Arbeit half der Fraktion wesentlich bei der Kontrolle der Verwaltung und stieß bei der selbigen nicht immer auf Begeisterung. Anke engagierte sich aber auch im Kultur-, Bildungs- und Sozialausschuss. Sie kämpfte für die Erstellung einer Sozialraumanalyse genauso wie für die Erhaltung von Kitas und Schulen. Für die Fraktion war sie eine wichtige Stimme in allen kommunalpolitischen Diskussionen. Mir als Fraktionsvorsitzendem war sie immer ein kritischer, fachlich kompetenter und ehrlicher Partner.

Als Ortsvorsitzende wird sie uns als Ratgeberin erhalten bleiben. Darüber hinaus wird sie uns auch weiter als Aufsichtsratsmitglied in der Forster Wohnungsbaugesellschaft vertreten. Die gesamte Fraktion bedankt sich für die gemeinsame Arbeit, die nun auf anderer Ebene ihre Fortsetzung finden wird. Nachfolgerin in der Stadtverordnetenversammlung wird Katrin Nitschke. Sie ist bereits sachkundige Bürgerin der Fraktion und beruflich Mitarbeiterin im

Ingo Paeschke, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der SVV Forst

Forster Krankenhaus.



Der 1. Mai stand in diesem Jahr besonders unter den Zeichen Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa und Atomkraftausstieg – Themen, die viele bewegen und um die im politischen Meinungsstreit keiner herumkommt. Auch in Forst waren trotz gleichzeitiger Eröffnung des Rosengartens viele Bürger zum Max-Seydewitz-Platz gekommen, um mit Parteien und Gewerkschaften darüber zu sprechen oder ihre Fragen und Gedanken dazu loszuwerden.

## Schorschels

#### Stadtgeflüster

Der Mai ist gekommen, und schon treibt die recht schlichte Denkweise einiger Kommunalpolitiker die tollsten Blüten in unserer Stadt. Unabhängig davon aber hier erst einmal ein farbenfrohes Hallöchen für alle Leser, egal, ob sie sich unser Blättchen mit einem Schmunzeln oder mit einem Zähneknirschen zu Gemüte führen!

Besonders lustig ist vor allem, dass wir vermutlich in diesem Jahr mehrere Rosen- oder sonstige Königinnen haben könnten. So wählt zum Beispiel eine sich selbst ernannte Stadtjury im dunklen Rathauskämmerlein die erste der möglichen Würdenträgerinnen. Das ist endlich mal Demokratie, aber wer hat diese »Kurfürsten« eigentlich legitimiert? Dumm nur, dass die Mitglieder vom Klub »Modern Ros' e.V.« gemeinsam mit den Forster Neißewiesen-Wanderern nach dem Motto »Gleiches Recht für alle« ebenfalls eine Jury gebildet haben, die eine Heckenrosenkönigin bestimmen wird, und vielleicht gibt es ja anlässlich des Reitturniers vom PSV Forst eine Jury, die eine Pferdekönigin kürt, und wie wär's mit einer Noßdorfer Jury für eine Mühlenkönigin oder mit einer ...! Ja, liebe Stadtväter und Stadtmütter und Stadttanten, Geheimniskrämerei hat eben nicht immer was mit Fingerspitzengefühl zu tun, also bessert euch! Apropos Fingerspitzengefühl, Rainer K. weißt Du eigentlich noch, was mit Buratinos Nase passiert ist?! Tschüss,

Fuer Schorschel

# Zur Programmdiskussion spricht und diskutiert Dr. Bernd Ihme,

Mitglied der Grundsatzkommission beim Parteivorstand der LINKEN.

Veranstalter:

DIE LINKE, Kreisverband Lausitz.

Donnerstag, 30. Juni 2011, 17:00 Uhr

Gaststätte Brandenburger Hof Cottbus, Friedrich-Ebert-Straße 33 Bitte vormerken!



## Die Zukunft aktiv gestalten

Die Gesundheitsversorgung in Forst ist ein Dauerthema der Kommunalpolitik.

Neben der ambulanten ärztlichen Versorgung

geht es auch um die Zukunft unseres Krankenhauses. Deshalb hat die Stadtverordnetenversammlung einen Beschluss gefasst, das Krankenhaus zukunftsfähig zu machen. Die Krankenkassen sowie Bundes- und Landespolitik erschweren kleinen Krankenhäusern eine sichere Zukunft. Fehlende Ärzte und lokale Probleme tragen nicht zur Stabilität bei. Wir müssen uns der Situation stellen und Lösungen finden, bevor sie uns von anderen verordnet werden. Die Zusammenarbeit und organisatorische Vernetzung mit dem Thiem-Klinikum in Cottbus ist eine realistische Chance, den Krankenhausstandort Forst zu sichern Zurzeit ist das Forster Krankenhaus wirtschaftlich stabil. Durch die Abhängigkeit von den Krankenkassen ist dies aber keine Garantie für die Zukunft.

Wir wollen in den Gesprächen mit Cottbus erreichen, dass beide Verhandlungspartner von einer gemeinsamen Entwicklung profitieren. Ziel ist natürlich die Erhaltung der vorhandenen Versorgung und die Sicherung der Arbeitsplätze. Kompromisse werden aber unumgänglich sein. Wer dazu nicht bereit ist, sollte nicht erst verhandeln.

Als LINKE sind wir gegen eine Privatisierung des Krankenhauses und halten die Zusammenarbeit mit einem der größten kommunalen Krankenhäuser im Land Brandenburg für den richtigen Weg. Der Beschluss der SVV weist in diese Richtung und wir werden streng darauf achten, dass durch handelnde Personen keine Hintertürchen benutzt werden, denn eine Privatisierung, wie bei den Stadtwerken, darf sich nicht wiederholen.

Ingo Paeschke,

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKÉ in der SVV Forst

#### Spruch des Monats

»Nichts ist endgültig geregelt, was nicht gerecht geregelt ist.«

Abraham Lincoln

## Bundesrichter a.D. zu Gast

nehmen.

Am 13.04.2011 kam die AG Soziales in Forst zu ihrer regelmäßigen monatlichen Sitzung in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22, zusammen. Unser Gast an diesem Abend war Wolfgang Nešković, MDB und Bundesrichter a.D. Begleitet wurde er von den Studenten Matti Nedoma und Christian Blümke, beide auch angehende Richter.

Zur Diskussion standen insbesondere Fragen zur Problematik der Hartz-IV-Gesetze und deren Auswirkungen. Hier wurde deutlich, wie kompliziert und verworren diese Gesetze zum Teil sind. Wolfgang Nešković bekannte sich eindeutig dafür, dass dieses Gesetzeswerk in die Mülltonne gehöre und dass ein humaneres, gerechteres Miteinander in unserer Gesellschaft längst überfällig sei.

»Gemeinsam wollen wir für ein gerechteres System kämpfen, das den Namen 'Sozialstaat' auch verdient«, diese Botschaft will und wird Wolfgang Nešković auch in den Bundestag transportieren. Nicht zuletzt hat Wolfgang ebenfalls versprochen, sich mit seinem Einfluss und seinen Möglichkeiten auch der Problematik des Stadtumbaus in Forst anzu-

Insgesamt war es ein fruchtbares Gespräch. Wir haben uns gemeinsam zum Ziel gesetzt, in absehbarer Zeit eine Bürgerveranstaltung zu organisieren, deren Motto lauten könnte: Hartz IV, was hat sich verändert, was bringt die Zukunft?!

AG Soziales, Manfred Hungenbach, Sprecher der AG Soziales



Wolfgang Nešković (l.), Christian Blümke (2.v.l.), Matti Nedoma (2.v.r.) und Manfred Hungenbach (r.), freundlich bewirtet von Marlies Mudra.

## Erklärung – von Rainer Kliche

Im »Malxeblatt« 4/2011 schrieb Herr Paeschke auf Seite 2 einen Artikel unter der Überschrift »Abriss – interessiert uns nicht«.

Der letzte Absatz lautet, ich zitiere wörtlich: »Der SPD-Abgeordnete Rainer Kliche, gleichzeitig Vorsitzender des Seniorenbeirates, positionierte sich in der Sitzung besonders deutlich gegen unseren Antrag. Vielleicht fragen ihn die Mitglieder des Seniorenbeirates mal, ob das den Vorstellungen der älteren Bürger unserer Stadt entspricht.«

Dazu möchte ich folgende Erklärung abgeben: An der Diskussion um den Antrag der Fraktion »Die Linke« über den Abriss der Wohnblöcke in der Berliner Straße nochmals zu beraten und einen eigenständigen Beschluss zu fassen, habe ich mich definitiv nicht beteiligt. Beweis ist der Tonbandmitschnitt der Stadtverordnetenversammlung vom 18.03.2011. Aus diesem geht eindeutig hervor, dass ich mich in der Diskussion zu diesem Antrag nicht geäußert habe.

Herr Paeschke hat also wieder besseren Wissens die Unwahrheit geschrieben.

Ich erwarte umgehend eine Richtigstellung innerhalb des »Malxeblattes«. Tatsache allerdings ist, das ich in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 07.04.2011 den Antrag eingebracht habe, in einer Sondersitzung des Ausschusses über den beabsichtigten Abriss der Blöcke in der Berliner Straße zu beraten. Der Ausschussvorsitzende, im Übrigen ein Fraktionskollege von Ihnen, wird dies sicherlich bestätigen.

#### Anmerkung der Stadtfraktion DIE LINKE:

Wenn es im Bau- und Planungsausschuss einen solchen Antrag gab, warum wurde dann der Antrag der LINKEN in der SVV von Herrn Kliche abgelehnt?

Herr Kliche hat alle Anträge der LINKEN pauschal abgelehnt und dies zuvor pauschal zum Ausdruck gebracht.

## Meilenstein der sozialpolitischen Debatte

Heute hat der Ausschuss für Arbeit und Soziales eine öffentliche Anhörung zu einem Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Abschafung der Hartz-IV-Sanktionen sowie zu einem GRÜNEN-Antrag für ein Sanktionsmoratorium beschlossen. Die Anhörung wird am 6. Juni 2011 von 14:00 bis 15:30 Uhr stattfinden. Katja Kipping, Ausschussvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, erklärt dazu:

»Die Anhörung ist ein Meilenstein in der sozialpolitischen Debatte. Zum ersten Mal wird im
Deutschen Bundestag eine Anhörung zur Kritik
des Arbeitszwangs durchgeführt. Das ist nicht
zuletzt ein Erfolg der Erwerbslosenbewegung,
die schon lange couragiert darum kämpft, die
Kritik an den Sanktionen auf die politische
Agenda zu setzen – unter anderem durch ein breites Bündnis für ein Sanktionsmoratorium sowie
durch eine Massenpetition zur Streichung der
Sanktionsparagrafen.

DIE LINKE setzt sich für die Abschaffung der Sanktionen ein, da die Kürzung des ohnehin zu niedrigen Hartz-IV-Regelsatzes gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verstößt.«

13.04.2011



## Schutzschirm für Stromkunden statt Appelle an Atomkonzerne

»Panikmache vor Preissteigerungen ist unredlich. Es kommt darauf an, die Energiewende sozial zu gestalten. Die Kosten des Atomausstiegs dürfen nicht auf die Verbraucher abgewälzt werden. Deshalb fordert DIE LIN-KE einen Schutzschirm für Stromkunden«, so Caren Lay anlässlich der heutigen Tagung der Ethikkommission für Energiepolitik. Die verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Verglichen mit dem sogenannten Restrisiko sind die Ausstiegskosten aus der atomar-fossilen Energie gering. Die Gewinnspanne der Stromkonzerne ist groß genug, um den Atomausstieg zu verkraften. Die vier Stromriesen RWE, Eon, Vattenfall Europe und EnBW fahren seit Jahren Milliardengewinne ein. Die Zeche dafür zahlen bisher die Verbraucherinnen und Verbraucher. Das Umweltbundesamt hat ausgerechnet, dass Stromkunden jährlich 10 bis 15 Milliarden Euro zu viel in die Kassen der Strom-Monopolisten zahlen. Eine staatliche Preisaufsicht gibt es seit Jahren nicht mehr. Auch die Spekulation mit Strom auf den Finanzmärkten treibt den Preis. 840 000 Haushalte waren nach Angaben des Bundesverbands der Energieverbraucher 2009 sogar von Strom- und Gassperren betroffen, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten – Tendenz steigend.

DIE LINKE fordert daher dringend einen Schutzschirm für Stromkunden. Erstens brauchen wir ein Strompreis-Moratorium, das Preiserhöhungen ausschließt. Um Preismissbrauch

zu verhindern, muss es zweitens eine wirkungsvolle staatliche Strompreisaufsicht geben. Drittens müssen die Energieversorger verbindliche Sozialtarife für einkommensschwache Haushalte anbieten. Und viertens darf niemandem wegen Zahlungsschwierigkeiten Strom oder Gas abgestellt werden. Energieversorgung ist schließlich ein existenzielles Grundrecht.« 28.04.2011

#### Von der Leyen muss sofort umsteuern

»Die Mogelpackung 'Bildungspaket' wird durch verspätete Briefe an Eltern oder gar Schuldzuweisungen nicht besser«, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze, zu den neuerlichen Versuchen der Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, das Chaos in der Umsetzung des Bildungsund Teilhabepaketes unter Kontrolle zu bringen. Golze weiter:

»Die Ministerin muss endlich anerkennen, dass ihr Bildungspaket an der Lebenswirklichkeit der Kinder vorbeigeht. Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, wie sie Kinder und Jugendliche als unterstützende und begleitende Förderung benötigen, lassen sich nicht in statistische Abrechnungsvorgaben pressen.

Wer monatelang die Betroffenen derart verunsichert und verwirrt, wie es von der Leyen mit dem Hin und Her bei der Hartz-IV-Reform getan hat, sollte sich dann hüten, mehr Eigenverantwortung bei den betroffenen Eltern einzufordern. In der Absicherung der Informationspflicht trägt zunächst erst einmal sie selbst und niemand sonst die Verantwortung. DIE LINKE bleibt dabei: Das Bildungspaket ist von vornherein falsch gedacht. Leistungen für Bildung und Teilhabe gehören zum Alltag von Kindern und Jugendlichen und damit über den Regelsatz ausgezahlt.« 20.04.2011



#### SPD von S21-Tunnelbohrer gesponsert

»Die Glaubwürdigkeit der SPD ist durch die Groß-Spenden der Atomkonzerne und des S21-Tunnelbohrers Herrenknecht schwer erschüttert«, erklärt Ulrich Maurer, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Nach den vom Bundestag übermittelten Informationen hat die SPD allein 2009 von E.ON 50.000 Euro, vom Unternehmer Martin Herrenknecht 30.000 Euro und von RWE 26.910 Euro erhalten. »Das stinkt zum Himmel. Vom Atomausstieg reden, das Hintertürchen für die Laufzeitverlängerung aber offenlassen und hintenrum von den Atomkonzernen kassieren.« Maurer weiter:

»Vor dem Hintergrund der Eierei der SPD beim S21-Projekt ist es besonders bemerkenswert, dass der Tunnelbohrer Herrenknecht vom damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier regelmäßig auf Auslandsreisen mitgenommen wurde. Wie ernst kann man die Wahlkampf-Ankündigung der SPD eigentlich noch nehmen, das S21-Projekt dem Volk zur Entscheidung vorzulegen, wenn sie längst fünfstellige Spendensummen von einem Unternehmen kassiert hat, das sich von Stuttgart 21 einen Großauftrag verspricht? Ich nenne das Wahlbetrug.« 06.04.2011

#### Deutsche Bank profitiert von Eurokrise

»Mit der Not der anderen lässt sich ein prächtiges Geschäft machen. Während Staaten wie Griechenland oder Portugal verzweifelt gegen den Bankrott ankämpfen, während die Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise weltweit durch Spekulation nach oben getrieben werden, kann sich die Deutsche Bank über Rekordgewinne freuen«, kommentiert Sahra Wagenknecht den Vorsteuergewinn der Deutschen Bank von über drei Milliarden Euro im ersten Quartal 2011. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Nun rächt sich, dass die Bundesregierung bislang nichts unternommen hat, um die Macht der Finanzkonzerne zu beschränken. Dass sich die Eurokrise weiter zuspitzt, hat schließlich mit der Geschäftspolitik der Banken, Versicherungen, Hedgefonds und Pensionsfonds zu tun, die aus Furcht vor einem Staatsbankrott die Anleihezinsen nach oben treiben. Und die hohen Zinsen sind es wiederum, die einen Bankrott von Griechenland, Irland, Portugal oder gar Spanien immer wahrscheinlicher machen.

Wer diesen Teufelskreis durchbrechen will, der muss die öffentlichen Haushalte vom Diktat der Kapitalmärkte befreien. Ein großer Schritt in diese Richtung wäre die Schaffung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen, die zinsgünstige Kredite bei der EZB aufnimmt und - ohne Zinsaufschläge – an die Eurostaaten weiterreicht. Unter diesen Bedingungen wäre auch eine Entschuldung der Staatshaushalte zulasten ihrer privaten Gläubiger durchsetzbar.«

28.04.2011

## PINNWAND



#### **Termine**

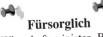
in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22

Di., 17.05., 18:30 Uhr: Sitzung Stadtfraktion

Mi., 18.05., 18:30 Uhr: AG »Soziales« Di., 24.05., 18:30 Uhr: Ortsvorstandssitzung

Mo., 06.06., 18:30 Uhr: AG Malxeblatt

Di., 14.06., 18:30 Uhr: Sitzung Stadtfraktion

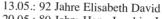


Wirtschaftsminister Brüderle, so ein Sprecher, nehme die Sorgen der Bürger, die vor verstrahlten Waren aus Japan Angst haben, sehr ernst. Er wolle sich in den kommenden Monaten höchstpersönlich und ausschließlich um die nächs-Containerlieferung Sudokus kümmern.



Laut einer aktuellen Stromverbrauchsmessung kostet eine Stunde Staubsaugen 20 Cent, eine Stunde Fernsehen iedoch nur 3 Cent. -Wer hätte gedacht, dass Energiesparen so viel Spaß macht. MS





20.05.: 80 Jahre Hans-Joachim Lapuhs

23.05.: 65 Jahre Horst Beier 29.05.: 65 Jahre Elke Krätsch

10.06.: 68 Jahre Erhard Kunick

Herzlichen Gläckwunsch unseren Zubilaren. auch all jenen, die hier nicht genannt sind!



Aus »Eulenspiegel« Nr. 5/11

#### 1 Die Kurve gekriegt

Die SPD gehört zu den Wahlverlierern? Von wegen! Baden-Württemberg beispielsweise war sie mit ihrem Ergebnis durchaus im grünen Bereich.

Dirk Werner

Ortsvorstand Forst DIF LINKE Impressum: Herausgeber:

»AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE Redaktion:

V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen: Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt« Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07

oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:

malxeblatt@gmx.de